



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

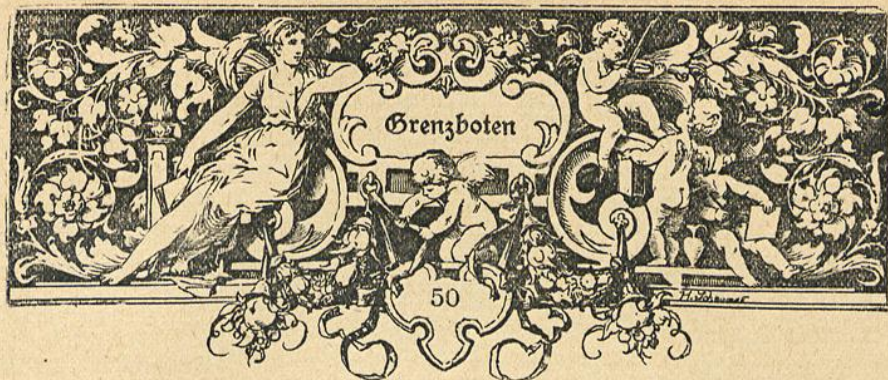
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Cleinow, Georg: Ein- und Ausblicke

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Ein- und Ausblicke

Don Georg Kleinow



teuerlos schwankt das deutsche Reichsschiff auf den Wogen, erzittert bis in die letzten Spanten von jedem Schlag, den ihm die anstürmenden Wellen versetzen. Ledt an mehreren Stellen, sinkt es tiefer und tiefer, während keine Pumpen in Betrieb gesetzt werden können, da die Besatzung sich um Führerschaft und Verwendung der nachgebliebenen Vorräte streitet. Nach menschlicher Berechnung kann das Schiff höchstens noch wenige Wochen oder gar nur Tage schwimmen, wenn nicht Selbstbesinnung das Ärgste abwendet. Soweit ist es mit uns gekommen!

* * *

Die Kopislosigkeit in Berlin ist vollkommen. Der sechsteilige Reichskanzler hat, wie Bethmann Hollweg, zwei Seelen in seiner Brust, eine bolschewistisch-revolutionäre und eine sozialistisch-reformerische. Gaase begünstigt, ob absichtlich oder unabsichtlich kommt auf dasselbe heraus, die Spartakusmänner und sucht zu verhindern, daß das deutsche Volk zu Ruhe und Besinnung kommt; Ebert, dem am Freitag, den 6. d. M. die Präsidentschaft von einer Kompagnie Soldaten zum ersten Male angeboten ward, erschauert vor dem Gedanken, auch nur einen Schritt mit bürgerlichen Parteien zusammen gehen zu sollen. Darum geschieht nichts! Gearbeitet wird nicht, wenn man von Solfs Klagebriefen an die Entente absehen will, von regieren merkt man nichts. Die vortragenden Räte des Auswärtigen Amts können Reste aufarbeiten, die des Reichsamts des Innern schreiben Noten an die Reichskanzlei aus Ernährungsrücksichten. In Gedankenarmut und Feigheit brütet der sechsköpfige Reichskanzler über die Merkwürdigkeit der Tatsache, daß aufbauen schwerer ist, wie einreißen. Noch ein paar Tage so weiter und die Maschine der Reichsregierung ist zertrümmert.

Die große innerpolitische Frage des Augenblicks ist, ob die reformsozialistische Hälfte des Reichskanzlers den Mut findet, die ihr von der Berliner Garnison angebotene Hilfe anzunehmen und mit den Spartakusleuten aufzuräumen, oder ob sie sich noch fernerhin der Diktatur des Vollzugsausschusses der Berliner Soldaten- und Arbeiterräte unterwerfen will. Der ursprünglich achtundzwanzig Mitglieder zählende Vollzugsausschuß ist inzwischen auf dreiundvierzig angewachsen; er ist so etwas wie ein Regentschaftsrat, der sich dauernd automatisch verjüngt.

Wenn es von seinen Mitgliedern beifällt, sich in aufbauende Arbeit zu vertiefen, dem wird sofort ein entsprechender junger Nachfolger bestimmt, der eine gewisse Gewähr dafür bietet, den Umsturz durch neue Methoden vielseitiger auszugestalten. Es gehört zum Befähigungsnachweis auch eine gewisse Virtuosität in der Verschleuderung von Staatsmitteln. Die Unterbringung von 800 Millionen Mark im Zeitraum von zwei Wochen scheint, wie der Etat der Soldaten- und Arbeiter-räte zeigt, noch lange keine Rekordleistung zu sein. Herr Ebert könnte der ganzen Verwirrung in Berlin mit einem Schlage Herr werden, wenn er die dreitausend Unteroffiziere der Berliner Garnison als Regierungsgarde anerkennen und entsprechend verwenden würde, die sich ihm am 5. d. M. zur Verfügung gestellt haben. Doch — man fürchtet sich dadurch der Reaktion in die Arme zu werfen. Darum wird lieber gar keine Entscheidung getroffen. Man wartet die Entwicklung ab und hofft wohl im stillen auf Engländer und Franzosen, die Ordnung schaffen mögen, damit nur das deutsche Militär nicht wieder zu herrschen beginne.

* * *

In das Auswärtige Amt ist Herr Rautsky mit seiner Gattin eingezogen. Frau Rautsky hat gleich in den ersten Tagen ihres Erscheinens den Nachweis dafür erbracht, daß nicht ihr Mann, sondern sie das Regiment führt. Sie bestellt vorragende Räte und Direktoren, sie erläutert ihnen die Richtlinien ihrer Politik, sie ordnet die Einrichtung der Bureaus sowie des inneren Dienstes an. Er, — er ist schweigsam dabei. Die hohen Räte des Auswärtigen Amtes haben das Unwürdige, das ihnen zugemutet wird, natürlich begriffen. Sie haben sich die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten doch wohl etwas anders gedacht, als sie dem Einzug Davids und Scheidemanns zujubelten. Nun sie dennoch ausharren, bringen sie dem Vaterlande Opfer, die sich in ihrer Schwere würdig allen den Opfern anschließen, die die Nation draußen in den Schlachten und drinnen schon gebracht hat. Wer heute einen Blick in die Bureaus des Auswärtigen Amtes zu werfen Gelegenheit hat, wird ein Märtyrertum finden, das ans Herz greift. Aber wie lange kann die seelische Folter ausgehalten werden? Es kann sich nur um Wochen handeln, und wenn Dr. Solf etwa gezwungen werden sollte, seinen Posten, den er zäh unter Aufbietung aller Energie im Interesse des Vaterlandes verteidigt, zu verlassen, können uns nur noch Tage von dem Zusammenbruch des gesamten auswärtigen Dienstes trennen. Und — die Herren Liebknecht, Haase, Eisner fordern, daß einer der ihren Solfs Platz einnehme, angeblich, weil ein Sozialist schneller zum Frieden kommen würde, wie der „reaktionäre“ Solf.

* * *

Schlimmer noch, wie im Auswärtigen Amt sieht es im preußischen Kultusministerium aus, seit Adolf Hoffmann dort das Szepter führt. Herr Hoffmann bleibt mit seinen Eingriffen nicht an der Oberfläche des bürokratischen Amtslebens; er greift der Nation ans Mark. Nicht anders kann die Wirkung der Berufung des „Pädagogen“ Dr. Wyneken in das Kultusministerium, dessen Wirksamkeit als Gründer der „Freideutschen Jugend“ und ihrer Zeitschrift „Der Anfang“ vor Jahr und Tag in den Grenzboten gewürdigt worden ist, bewertet werden. Ein führender holländischer Sozialdemokrat, der bei der „Freideutschen Jugend“ seinen Sohn verlor, kennzeichnete das System Wynekens als „eine

Schweimerei“; mit siebzehn Jahren seien die Mädchen schwanger, die jungen Burschen verfeucht und entnerot. Zu diesem Urteil paßt, was Wyneken im „Anfang“ sagt:

„Wir sind doch keine Schulreformer! Derartige Ausbesserungsarbeiten können wir ruhig den Leuten vom Bau, den Wirklichen Geheimen Ober- und Unterregierungsräten überlassen. Wir wollen die Schulrevolution. Wir wollen die Schule abschaffen, d. h. sie von Grund aus umgestalten, daß sie etwas ganz anderes, Neuartiges darstellt, nämlich einen Sammelplatz für die Jugend.“

Hierbei soll namentlich das Liebesleben eine Rolle spielen, deshalb schrieb Herbert Blumenthal in der genannten Zeitschrift „Anfang“:

„Wir übernehmen die Erotik mit allem Drum und Dran an Unkultur in Bausch und Bogen, und wer da nicht mitgeht, verfällt der Mißachtung als ein Quietist, ein Totschweiger, ein Feigling, ein Krüppel. Wir veranstalten Winters und Sommers unsere Feste, die nur von uns und für uns sind, wir machen den Tanz deutlich erotisch, wir flirten und lieben, wo wir nur können.“

Dies alles soll erreicht werden durch die „freie Schulgemeinde“, in der die Lehrer wie die Schüler die gleichen Rechte haben, um sich auszuleben. Vom Christentum als positiver Religion will die freideutsche Jugend nichts wissen. Deshalb hieß es in dem Festberichte über den freideutschen Jugendtag 1913 auf dem Hohen Meißner:

„Das Altertum kann uns nicht mehr die Kultur schlechtweg sein, so wenig wie das Christentum die Religion . . . Euer Geist und Gemüt möchte nicht gebunden bleiben an die Vorstellungen und sittlichen Regeln einer einzigen Form der Religion.“

Der geistige Vater dieses Kummels, bemerkte die „Rhein- und Wiedzeitung“, Wyneken, von Hoffmanns Gnaden jetzt vertragender Rat im Ministerium, hat nun so überall in Deutschland seine Freunde in der studierenden Jugend. Er versandte ja auch seinen „Anfang“ vorsichtigerweise auf Wunsch unter Kuvert, damit die Eltern nichts davon merken sollten. Unter seinen Anhängern befindet sich auch ein junger Herr aus Neuwied, Paul Vogler mit Namen, der das Neuwieder Gymnasium mit dem Zeugnis der Reife für Oberprima verließ, um sich privatim auf das Abiturium vorzubereiten, wollen wir einmal sagen. Er hat eine Schwester, die als technische Lehrerin am Neuwieder Lyzeum und Oberlyzeum wirkt und ebenfalls die heutigen Bestrebungen Dr. Wynekens unterstützt. Genannter junger Mann — er ist heuer ganze 19 — neunzehn Jahre alt und selbst unter dem demnächstigen Wahlrecht noch nicht wahlberechtigt, viel weniger großjährig — ist plötzlich, gewissermaßen über Nacht, etwas „Hohes“ geworden; denn er ist nunmehr Staatskommissar für Westdeutschland, um Material für den neuen Ministerialrat Dr. Wyneken zur Schulreform zu sammeln.

Armes deutsches Volk.

* * *

Das deutsche Bürgertum steht allen diesen Erscheinungen des Zerfalls recht eigentlich ratlos gegenüber. Die Parteizerklüftung ist größer denn je und neue Splitterungen bereiten sich vor. Es scheinen lediglich wirtschaftliche Gesichtspunkte für die Parteibildung maßgebend zu sein und doch sind es vor allen Dingen persönliche. Zu Tode gehen zunächst die alten liberalen Gruppen: die

nationalliberale und die freisinnige. Der Freisinn ist bereits in die von Alfred Weber und Theodor Wolff unter Mitwirkung einiger Herren aus der national-liberalen Partei begründete Deutsche demokratische Partei aufgegangen; ihnen hat sich Herr Friedberg, zeitweilig deutscher Vizekanzler, angeschlossen, und damit einen neuen Beweis für seine ungeheure Wandlungsfähigkeit gegeben. Der vom Internationalismus noch nicht verfeuchte Teil der Nationalliberalen sammelt sich unter Stresemann in der deutschen Volkspartei, die in West- und Nordwestdeutschland aber auch in Baden und in den östlichen Provinzen feste Grundlagen in Stadt und Land findet.

„National belastet“ — damit ist die Lage beim Bürgertum gekennzeichnet. Jeder, der bisher mutvoll für nationale Ideale eingetreten ist, wird als reaktionär verdächtigt und gilt als untauglich an der Gestaltung der deutschen Geschichte mitzuwirken. Internationalismus ist für die Deutschen Trumpf, — internationale Demokratie ist die Lösung. Wer ein Herz für das deutsche Volkstum befundet, gilt nicht nur als unmodern, sondern als gefährlich. So bestimmt es Theodor Wolff. Was Polen und Dänen, Tschechen und Italienern ohne Widerrede zugebilligt wird, nämlich für ihre besondere nationale Kultur zu sorgen, ist dem deutschen Volke verboten. Der Deutsche hat zu gehorchen: in Posen, West- und Ostpreußen den Polen, in Schleswig den Dänen, im Elsaß den Franzosen, in Berlin Herrn Theodor Wolff und seinem international-großkapitalistischen Künigel. Und wenn das Bürgertum nicht doch noch aufwacht werden wir es erleben, daß rote und goldene Internationale, d. h. die Scheidemann- und die Wolff-Mosse-Parteien sich zur Bekämpfung der nationalen Selbständigkeitsbestrebungen im deutschen Volke als regierende Partei zusammenschließen.

* * *

Was sollte und was kann geschehen? Noch können die bürgerlichen Parteien in der Tat bestimmend in die Entwicklung der Dinge nicht eingreifen. Sie können weder auf die Straße gehen, um zu demonstrieren und sich mit dem Pöbel der Spartakusgruppe herumzuschlagen, noch können sie eine bürgerliche Regierung schaffen, die stark genug wäre, Ordnung zu bringen. Zum Regieren gehören folgssame Massen. Das Bürgertum hat sich diese Gefolgschaft aus der Hand nehmen lassen durch die zeretzende Tätigkeit gerade der Kreise, von denen es jetzt sein Heil erwartet. Der „Vorwärts“ und die sozialdemokratische Partei haben in den großen gewerkschaftlichen Organisationen wenigstens den Anfang einer neuen Staatsunterlage geschaffen, das „Berliner Tageblatt“ und die Demokraten haben nur zerstört ohne an die Stelle des Alten etwas Neues zu setzen. Die Diskreditierung der Armee, die Herabsetzung der männlichen Opferbereitschaft in Heer und Marine und infolgedessen die Auflösung des größten Teils der Armee ist, wenn man auch die Überlastung des Apparates in Rechnung stellt, ein Ergebnis der Tätigkeit der Kreise um Theodor Wolff. Es ist darum Wahnsinn, die demokratische Partei zum Träger der künftigen Wohlfahrt des deutschen Bürgertums machen zu wollen. Diese Partei kann uns nur der Sozialdemokratie ausliefern und mit deren Hilfe der Ausbeutung durch das internationale mobile Großkapital. — Wer wirklich zur deutschen Nation als Träger des deutschen Volksstaates hält, wird gut tun, sich in den Kreisen zusammenzuschließen, wo es keine Schande ist, sich zur deutschen Nationalität zu bekennen und das sind die

Deutsche Volkspartei mit ihrer liberalen und die Deutschnationale Volkspartei mit ihrer konservativen Grundlage. Die Prüfungen werden noch einige Wochen weiter gehen. Die Berliner Bevölkerung wird besonders zu leiden haben. Möge die Provinz die Gelegenheit nützen, sich frei zu machen von Berliner geistiger Bevormundung und selbst trachten, neue Parteigrundlagen zu schaffen.



Die Politisierung der Frau

Von Dr. Mathilde Kelchner



Es ist kein Zufall, daß die Lockerung des Besitzverhältnisses durch das siegreiche Vordringen sozialistischer Grundsätze mit der politischen Mündigkeitserklärung der Frau zusammenfällt, denn der Besitz ist der Orientierungspunkt für das soziale und politische Machtverhältnis der Geschlechter gewesen, das infolge größerer Erwerbsfähigkeit zugunsten des Mannes verschoben war.

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die bessere körperliche Eignung des Mannes für den Erwerb primitiver Güter auf der ersten Entwicklungsstufe der menschlichen Gesellschaft der Anlaß gewesen ist, die ursprünglich bestehende Weiberrherrschafft zu brechen, die teils in der Mütterchafft, vor allem aber in der größeren Bindung des Mannes durch seine Geschlechtlichkeit ihre Wurzel hatte. Der Besitz wurde zu einem Äquivalent der Macht, die die Frau in ältester Zeit dank ihrer physiologischen Beschaffenheit: als Ziel männlichen Begehrens und als geheimnisvoller Jungbrunnen der Menschheit, besaß, um allmählich in der Gestaltung der menschlichen Gesellschaft zum ausschlaggebenden Faktor zu werden und dem Mann die Herrschafft zu verbürgen. Erst im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts hat die wirtschaftliche Emanzipation zahlreicher Frauen, die in den Kampf um das Brot getrieben wurden und ihre Kraft zur Selbsterhaltung erwiesen, die durch die Geschichte geheiligten Vorrechte des Mannes erschüttert. Aber erst jetzt, in der Morgenluft des Sozialismus sind sie gebrochen, denn es sind weniger die liberalen Ideen der Gleichberechtigung aller Menschen, als der Geist der Gemeinschaft, des sozialen Ausgleichs, des Getragenheits des Einzelwesens durch die Gesamtheit, die die Frau auf die Höhe der Gesellschaftsordnung heben. Fühlte sie sich stark genug infolge ihrer wirtschaftlichen Emanzipation die politische Gleichberechtigung zu fordern, so wurde sie ihr gegeben in der Erkenntnis, daß nicht der Besitz für die Einreihung in die gesetzgebenden Faktoren ausschlaggebend ist, sondern die Notlage der Gesamtheit, die nur durch den Willen und die Tat der Gesamtheit selbst behoben werden kann. Nicht zuletzt sind es die Fragen der Bevölkerungspolitik, die der Frau die Macht, die sie einst besaß, aufs neue in die Hände legen, denn es muß durchaus unzweckmäßig erscheinen und einer gesunden Lebensauffassung widerstreben, daß ureigenste Angelegenheiten des weiblichen Geschlechts, die aus dem Umkreis privater Interessen herausgetreten sind, allein vor dem Forum der Männer beurteilt und geregelt werden. Daß das Bevölkerungsproblem in den nächsten Jahren stark im Vordergrund der Erörterung und praktischer Lösungsversuche stehen wird, ist nicht zu bezweifeln, denn der Schaden, den unser Volkstum durch den Krieg, in erster Reihe durch die unerhörte Hungerblockade genommen hat, wird erst voll ermessen werden, wenn die friedliche Arbeit einsetzt und die durch Krankheit und Tod gerissenen Lücken in der Allgemeinwirtschaft fühlbar werden. Die Gefahr liegt vor, daß der Staat, dessen Allgegenwart wir immer stärker zu spüren bekommen werden, in seinem Lebensdrange den Bannkreis überschreiten könnte,